



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen  
(300 Stellen A 13)  
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 – 05 19)) des Stellenplans wird ein neuer Tit. 422 01 „Planmäßige Beamte, Grundversorgung berufliche Schulen (Kap. 05 15 – 05 17)“ mit 300 Stellen in BesGr. A 13 ausgebracht. Die Stellen können entsprechend des Bedarfs zum 1. September 2023 besetzt werden.

Die Mittel von insgesamt 7.230,0 Tsd. Euro werden in den Kap. 05 15 – 05 17 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen, Staatliche Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien und Staatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen) ausgewiesen und damit jeweils der Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter) bedarfsgerecht erhöht.

### **Begründung:**

Die beruflichen Schulen in Bayern bilden die Fachkräfte von morgen aus. Das deutsche System der dualen Ausbildung, im Betrieb und in der Berufsschule, gilt international als vorbildlich. Dennoch führen die beruflichen Schulen ein Dasein jenseits der Öffentlichkeit. Die jungen Menschen, die an den Berufsschulen, Berufsfachschulen und den beruflichen Oberschulen ihre Ausbildung absolvieren, stehen zu Unrecht selten im Mittelpunkt öffentlicher Debatten.

Die Situation an den beruflichen Schulen ist dramatisch: Sechs bis acht Prozent des Unterrichts können in den Stundentafeln nicht angeboten werden. Hinzu kommen Unterrichtsausfälle wegen Krankheit, Elternschaft oder Fortbildung der Lehrkräfte. Die Berufsschulen benötigen daher eine integrierte Lehrerreserve, die den Unterricht sicherstellt. Konkret bedeutet das, dass mindestens 300 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte an beruflichen Schulen benötigt werden.